

09.11.2020

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Islamistische Gefährder konsequent rückführen – Aussteiger- und Präventionsprogramme intensivieren

Am 4. Oktober ersticht ein Islamist in Dresden einen Touristen, am 16. Oktober enthauptet ein Islamist nahe Paris den Lehrer Samuel Paty, am 29. Oktober ersticht ein Islamist in Nizza drei Menschen, am 2. November schießt ein Islamist in Wien um sich. Die Zahl islamistischer Anschläge verdichtet sich – nach Monaten – der Ruhe erneut.

In der Rheinischen Post von Montag (09.11.2020) gibt das zuständige Ministerium bekannt, dass rund 30 Islamisten ausstiegsbereit wären und das weitere 50-60 Personen intensiv in Aussteigerprogrammen betreut würden. Ende vergangener Woche wurden bundesweit Razzien bei vermeintlichen Islamisten durchgeführt; ob ein Zusammenhang mit den Anschlägen in Wien besteht, ist noch offen.

Um Anschläge zu verhindern, verfolgen wir in Nordrhein-Westfalen eine doppelte Strategie: Zum einen müssen solche Personen, die in Deutschland keinen Aufenthaltsberechtigung haben, schnellstmöglich wieder in ihr Heimatland zurückgeführt werden. Zum anderen müssen präventive Maßnahmen verbessert werden für solche, die dem gewaltbereiten Islamismus den Rücken kehren wollen.

Wer die Werte und Normen unseres Grundgesetzes und des friedlichen Miteinanders der Kulturen mit Füßen tritt, hat keinen Platz in unserem Land. Die Bekämpfung des islamistischen Terrors und die Abschiebung ausländischer Gefährder und Straftäter bleibt damit eine zentrale Aufgabe von Nordrhein-Westfalen. Es gilt auch hier das Prinzip „Null-Toleranz“.

Unser Land liegt bereits bundesweit an der Spitze bei der Abschiebung von Gefährdern. Im Jahr 2019 hat NRW 44 Prozent aller Rückführungen in Deutschland durchgeführt. Mit der Anbindung an die Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) Essen sollen zudem die ausländer- und asylrechtlichen Zuständigkeiten und Maßnahmen bei den meist sehr komplexen Fällen zentralisiert werden. Ziel der Landespolitik bleibt es, alle aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen auszuschöpfen, um ausländische Gefährder ausreisepflichtig zu machen und abzuschieben.

Zur Reduzierung der Gefahr durch islamistischen Terrorismus dienen auch das Aussteigerprogramm des Landes für polizeilich oder nachrichtendienstlich bekannte Angehörige der islamistischen Szene sowie das Präventionsprogramm „Wegweiser“ für Jugendliche, die sich der salafistischen Szene anzuschließen drohen. Professionelle Hilfe und

Begleitung tragen dazu bei, dass ein erheblicher Teil dieser Menschen sich von extremistischen Einstellungen wieder abwendet.

Angesichts der aktuellen öffentlichen Äußerungen von Mitgliedern des Landtags und der Medienberichte der letzten Tage zur Abschiebung von Gefährdern und zu Aussteiger- und Präventionsprogrammen soll sich auch der Landtag mit diesen Fragestellungen im Rahmen einer Aktuellen Stunde auseinandersetzen.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff

Christof Rasche
Henning Höne

und Fraktion

und Fraktion